„§ 17

(1) Der Ministerrat kann zur Anpassung der Besteuerung an die Erfordernisse bei der weiteren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung des Handwerks auf der Grundlage von durch die Volkskammer beschlossenen Grundsätzen oder staatlichen Aufgaben ergänzende Regelungen über die Steuer-

pflichten der Handwerker treffen bzw. für bestimmte Arten handwerklicher Leistungen oder für einzelne Berufsgruppen die Steuersätze bzw. Steuertarife neu festlegen.

(2) Durchführungsbestimmungen erläßt der Minister der Finanzen.“

§3

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1971 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am vierzehnten Dezember neunzehnhundertsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den vierzehnten Dezember neunzehnhundertsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Ulbricht

**Gesetz
über die Verleihung von Nutzungsrechten
an volkseigenen Grundstücken**

vom 14. Dezember 1970

§ 1

Gesellschaftlichen Organisationen und sozialistischen Genossenschaften sowie ihren Einrichtungen und Betrieben, die juristische Personen sind, kann auf Antrag ein Nutzungsrecht an volkseigenen Grundstücken verliehen werden, wenn sie volkseigene Grundstücke bebaut haben oder bebauen wollen. Die Verleihung eines Nutzungsrechtes ist auch zulässig, wenn Erbbaurechte oder Erbpachtverträge an volkseigenen Grundstücken zugunsten gesellschaftlicher Organisationen oder sozialistischer Genossenschaften bestehen.

§ 2

(1) Bürgern der DDR kann auf Antrag ein Nutzungsrecht an einem volkseigenen Grundstück zur Errichtung und persönlichen Nutzung eines Eigenheimes oder eines anderen, persönlichen Zwecken dienenden Gebäudes verliehen werden.

(2) Die Verleihung eines Nutzungsrechtes ist auch zulässig, wenn Bürger der DDR ein Eigenheim auf einem volkseigenen Grundstück auf Grund eines Erbbaurechtes, eines Erbpachtvertrages oder eines Pachtvertrages errichtet haben.

(3) Die Verleihung eines Nutzungsrechtes setzt voraus, daß der Bürger nicht bereits Eigentümer anderer Eigenheime ist.

(4) Das Recht der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in Ausübung des Nutzungsrechtes an volkseigenem Boden den Mitgliedern gemäß § 10 Abs. 1

Buchst. f des Gesetzes vom 3. Juni 1959 über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (GBl. I S. 577) Boden zur Errichtung einer LPG-Hauswirtschaft zuzuteilen, wird nicht berührt.

§3

(1) Mit der Verleihung des Nutzungsrechtes entsteht für den Nutzungsberechtigten das Recht und die Pflicht, das volkseigene Grundstück bestimmungsgemäß zu nutzen. Er ist befugt, die sich aus der Ausübung des Nutzungsrechtes ergebenden Rechte und Pflichten wahrzunehmen.

(2) Das Nutzungsrecht ist unbefristet. In Ausnahmefällen kann das Nutzungsrecht befristet verliehen werden.

(3) Die auf dem volkseigenen Grundstück ruhenden öffentlichen Lasten und Abgaben trägt der Nutzungsberechtigte.

(4) Für Nutzungsrechte an volkseigenen Grundstücken gemäß § 2 Absätze 1 und 2 ist ein Nutzungsentgelt zu entrichten. Auf der Grundlage bisheriger Rechtsvorschriften verliehene unentgeltliche Nutzungsrechte bleiben gegenüber den bisher Nutzungsberechtigten Bürgern und ihren Ehegatten als unentgeltliches Nutzungsrecht bestehen. Der Ministerrat legt die Grundsätze zur Festsetzung von Entgelten für die Nutzung volkseigener Grundstücke fest. Er kann bestimmen, daß auch in anderen Fällen als denen des § 2 Nutzungsentgelte zu entrichten sind.